Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

265 (11.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 265 — Freitag den 11. November 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Beim Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten betonte der Reichspräsident, daß er an dem Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Er beauftragte den Reichskanzler, in Besprechungen mit den Führern der Parteien einzutreten.

*

Am Donnerstag trat nach mehrmonatiger Pause der Reichsrat zusammen. Ministerialdirektor Dr. Brecht gab für die preußische Staatsregierung eine Erklärung über das Leipziger Urteil ab, dem Reichsinnenminister von Gayl für die Reichsregierung erwiderte.

*

Im englischen Unterhaus fand die große außenpolitische Debatte über Deutschlands Gleichberechtigung statt.

*

Gronau ist am Donnerstag auf der Rückkehr von seinem Weltflug in Manzell gelandet. Er wurde von einer großen Menschenmenge begrüßt.

*

In Genf kam es zwischen bürgerlichen und sozialistisch-kommunistischen Gegnern zu blutigen Zusammenstößen, bei denen Polizei und Militär angegriffen wurden. Das Militär schoß mit Maschinengewehren, wobei es 11 Tote und 40 Verletzte gab.

Ein Heim für schwererziehbare Kinder in Waedenswil (Kanton Zürich) ist am Donnerstag früh niedergebrannt. Bisher wurden elf Kinderleichen geborgen.

*

Der neue italienische Botschafter in Berlin, Vittorio Cerruti, überreichte am Donnerstag dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

*

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und Staatsrat Schäffer sind nach Berlin abgereist, um bereits am Freitag eine Aussprache mit dem Reichskanzler über die Stellungnahme der Länder zu haben.

*

Der englische Außenminister Simon wird am Freitag Botschafter von Hoesch zu einem eingehenden Meinungsaustausch über die Aussichten für die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz empfangen.

*

Der Reichskanzler hat dem preußischen Ministerpräsidenten Braun mitgeteilt, daß er ihm zu einer Aussprache über die in dem Brief an den Reichspräsidenten angeschnittenen Fragen zur Verfügung stünde.

Beratungen des Reichskabinetts

Berlin, 10. Nov. In einer Sitzung des Reichskabinetts wurden zunächst laufende Angelegenheiten besprochen. Unter anderem war der wesentlichste Punkt das Problem des **Freiwilligen Arbeitsdienstes**. Präsident Syrup hat hierüber einen Vortrag gehalten, der zu dem Beschluß des Kabinetts führte, die Arbeitslager auch über den Winter fortbestehen zu lassen.

Sodann hat sich das Kabinett in einer eingehenden Aussprache mit der **politischen Lage** beschäftigt. Die Aussprache ergab **Einmütigkeit darüber, daß alles getan werden müsse, um zu einer nationalen Konzentration zu gelangen. Das Kabinett denkt aber nicht daran, zurückzutreten, das gilt auch für einzelne Mitglieder des Kabinetts**, über deren möglichen Rücktritt in den letzten Tagen falsche Gerüchte verbreitet worden sind. Im Gegenteil ist die Reichsregierung entschlossen, weiter ihren Weg zu gehen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß in einer so schwierigen Situation wie wir sie jetzt haben, **keine Zeit für irgend welche Experimente** ist. Das praktische Ergebnis der Aussprache ist, daß der Kanzler nun dem Reichspräsidenten entsprechende **Vorschläge für die Verhandlungen mit den Parteiführern machen wird.** Die Stunde des Empfangs beim Herrn Reichspräsidenten steht noch nicht fest. **Die Aussprache mit den Parteiführern soll aber schon sehr bald stattfinden.** Der Zeitpunkt wird im Einvernehmen mit dem Herrn Reichspräsidenten festgesetzt werden. Sicher ist jedenfalls, daß der Kanzler die bestimmte Absicht hat, sich mit den Parteiführern ernst über die Lage auszusprechen. Außerdem werden in den nächsten Tagen auch **Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder** stattfinden, die während der nächsten Beratungen des Reichsrats in Berlin anwesend sein werden. Diese Besprechungen sollen am Freitag stattfinden. Mit den Problemen der Verfassungsreform und der Kontingentierungsfrage hat sich das Kabinett noch nicht beschäftigen können. Diese Dinge bleiben späteren Beratungen vorbehalten.

Die Staatsbesuche des Kanzlers

Berlin, 10. Nov. Für die Staatsbesuche, die der Reichskanzler beabsichtigt, ist folgende Route festgelegt worden: am 14. November, kommenden Montag, wird der Kanzler in **Dresden** sein, am Freitag, den 18. November in **Stuttgart**, am 19. November in **Karlsruhe**; dann folgt die Einweihung der neuen Rheinbrücke bei **Mannheim-Ludwigshafen** und am 20. erfolgt der Staatsbesuch in **Darmstadt**.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 10. Nov. Reichspräsident von Hindenburg nahm den Vortrag des Reichskanzlers von Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Herr Reichspräsident betonte, **daß er an den zur Bildung der Regierung von Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichskanzler, in Besprechung mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wie weit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.**

Zu den kommenden Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern

T.U. **Berlin**, 11. Nov. Wie die „Börsenzeitung" erfährt, dürften die Einladungen an die Parteiführer der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei noch im Laufe des heutigen Tages abgehen. Besprechungen mit anderen Parteien kämen nicht in Frage. Der Kanzler werde mit den Parteiführern einzeln verhandeln; die Reihenfolge hänge von dem Zeitpunkt ab, an dem die Antworten der Parteiführer in der Reichskanzlei einlaufen. Man rechne damit, daß die erste der Zusammenkünfte am Sonntag stattfinden werde und die weiteren Unterredungen sich stark über die nächste Woche verteilten, ausgenommen Montag und Dienstag, auf welche Tage der Staatsbesuch des Kanzlers bei der sächsischen Regierung in Dresden fällt. Im allgemeinen nehme man in politischen Kreisen nicht an, daß die Bemühungen des Kanzlers, soweit es sich um die N.S.D.A.P., das Zentrum und die Bayerische Volkspartei handelt, von Erfolg begleitet sein werden. — Die „Germania" schreibt in einer Stellungnahme zu der amtlichen Mitteilung über den Empfang des Reichskanzlers durch Hindenburg u. a.: Wenn sich die Mission des Reichskanzlers, wie aus dem letzten Satze der amtlichen Mitteilung hervorzugehen scheine, tatsächlich auf die Feststellung beschränken solle, ob die in Frage kommenden Parteien gewillt seien, die Regierung in der Durchführung ihres Programms zu unterstützen, dann dürfe man schon heute prophzeien, daß die nationale Konzentration auch weiterhin nur die Partei des Herrn Hugenbergs und ihr volksparteiliches Anhängsel umfassen werde. Die Frage, ob die Parteien — und in ihnen das deutsche Volk — bereit seien, die jetzige Reichsregierung zu unterstützen, habe bereits in zweimaligen Wahlen und auch in der Reichstagsabstimmung des 12. September eine überwältigende Ablehnung erfahren. Es lohne sich kaum, die heute mit gleichem Sinn und Inhalt nochmals zu stellen. Das Blatt nimmt deshalb an, daß der dem Reichskanzler erteilte Auftrag nicht jene enge Begrenzung habe, die aus dem Wortlaut der amtlichen Mitteilung zunächst zu entnehmen sei, und daß, wenn er nicht zu verwirklichen sei, noch andere umfassendere Lösungen angestrebt würden.

Scharfe Kampfansage der S.P.D. an die Regierung

T.U. **Berlin**, 10. Nov. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat über seine Beratungen am Donnerstag in Berlin folgenden Bericht ausgegeben: „Der Parteiausschuß beschäftigte sich mit der durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffenen politischen Lage. Dabei herrschte volle Uebereinstimmung, daß es für die S.P.D. nach wie vor nur den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre Pläne gebe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, den 17. November zusammentreten und in diesem Sinne weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag schaffen."

Für den Reichstag haben die Sozialdemokraten bisher die Einbringung von Anträgen auf ein Ausführungsgesetz zu Art. 48, ferner auf Erlaß einer Amnestie, Aufhebung der Sondergerichte, Erhöhung der Unterstützungen für Arbeitslose, Umbau der Wirtschaft usw. in Aussicht genommen.

Der „Angriff" über nationale Konzentration

Berlin, 10. Nov. Der nationalsozialistische „Angriff" bringt an der Spitze des Blattes einen Artikel unter der Ueberschrift „Der einzige Ausweg aus der Krise", in dem er sich mit der Frage der nationalen Konzentration beschäftigt und unter anderem sagt: Niemand verschließt sich der unumstößlichen Tatsache, daß nach dem Ausgang der Wahl die Stellung der derzeitigen Regierung unhaltbar geworden ist, mit Ausnahme der Regierung Papen selbst. Sie besitzt die Naivität, die sogenannte „nationale Konzentration" auf dem Wege durchführen zu wollen, daß die Parteiführer sich plötzlich bereit erklären sollen, das sozialreaktionäre Programm des Papenkabinetts anzuerkennen und sich für eine Zusammenarbeit im Sinne dieses Programms zur Verfügung zu stellen. **Wir können jedenfalls schon jetzt eindeutig erklären, daß die NSDAP. sich zu einer solchen Komödie nicht hergeben wird.** Die 12 Millionen, die ihre Stimmen für Adolf Hitler abgaben, haben dies nicht getan, damit wir hinterher die Politik des Lohnraubes und der Rentenkürzungen des Kabinetts Papen sanktionieren, sondern weil wir eben dieser Politik den schärfsten Kampf angesagt haben. Da auch von anderen Parteien ähnliche Absagen zu erwarten und schon angekündigt sind, wird Herr von Papen nicht weit kommen. **Wir versagen uns keineswegs grundsätzlich einer nationalen Konzentration, und wir sind überzeugt, daß wir mit den anderen für eine nationale Konzentration in Frage kommenden Kräften sehr wohl zu einer Einigung über ein wirkliches Aufbauprogramm kommen könnten, das unter Führung der NSDAP. als der weitaus stärksten Partei durchgeführt werden könnte.** Auf der Grundlage des Papen-Programms aber ist eine solche Einigung unmöglich. Zum hundertsten Male sei es gesagt: Die nationalsozialistische Bewegung kann nur dann an der Regierung teilnehmen, wenn ihr selbst die Führung, die ihr ihrer Stärke nach zukommt, übertragen wird, d. h. wenn man **Adolf Hitler mit der Kanzlerschaft betraut.** Das ist der einzige Weg zur Lösung der Krise!

Vorschlag zur Verfassungsreform

Aenderung des Volksentscheids- und Reichstagswahlverfahrens durch Artikel 48 möglich

Der bekannte Heidelberger Staatsrechtslehrer Professor Dr. Walter Jellinek veröffentlicht in der Zeitschrift „Reich und Länder" einen Artikel **„Verfassungsreform im Rahmen des Möglichen"**, in dem er sich vor allem mit der Frage beschäftigt, aus der Volksgesetzgebung, dem Volksentscheid ein brauchbares Instrument für Verfassungsreform zu machen. Professor Jellinek vertritt die Ansicht, **der Reichspräsident könnte auf Grund des Artikels 48 das Volksentscheidgesetz dahin ergänzen, daß bei Verfassungsänderungen auf Volksbegehren immer oder dann, wenn Regierung und Reichsrat den Gesetzentwurf befürworten, Fernbleiben von der Abstimmung als Zustimmung zum Entwurf gilt.**

Zwei Punkte habe die Volksgesetzgebung heute noch: Die Nötigung zur vorgänglichen Befassung des Reichstages mit dem Volksbegehren nach Reichsverfassungsartikel 73 Abs. 3 und die Unterwerfung des Volksentscheids unter die Entscheidung des überwiegend mit Reichstagsabgeordneten besetzten Wahlprüfungsgerichts. Aber auch hier erweise sich der Präsident als der Stärkere. Beseitigen könne der Reichspräsident den Volksentscheidszwang natürlich nicht, da dieser verfassungsrechtlich festliegt. Wohl aber könne er in Ergänzung des Volksentscheidsgesetzes bestimmen, daß eine ungebührliche Verzögerung des Reichstagsbeschlusses um mehr als z. B. drei Monate nach Unterbreitung des Volksbegehrensentwurfes an den Reichstag als Ablehnung des Entwurfes durch den Reichstag gelte. Der Reichspräsident könnte auch durch Diktaturverordnung den Staatsgerichtshof mit der Prüfung des Volksentscheids betrauen, eine Maßnahme, durch die sicher jeder Verdacht einer politischen Beeinflussung der Entscheidung genommen würde.

Nimmt man an, so sagt Jellinek weiter, **daß der Reichspräsident das Reichswahlgesetz durch Diktaturverordnung ändern kann und diese Annahme ist berechtigt, so kann er alles anordnen, was den Wahlgrundsätzen der Verfassung nicht widerspricht.** Statt des Listenverfahrens kann er die proportionale Einerwahl einführen, also etwa das englische Wahlverfahren, bei dem in jedem Wahlkreis ein einziger Abgeordneter nach der relativen Mehrheit gewählt wird, oder das Wahlverfahren des Kaiserreichs, bei dem absolute Mehrheit, nötigenfalls Stichwahl, entschied, dem Verhältniswahlverfahren aber dadurch angepaßt, daß den durch Zahlenungunst zu kurz gekommenen Parteien im Wahlkreis oder auf einer Reichsliste Ergänzungssitze zugewiesen werden. Ferner ließe sich der Gedanke einer Mobilisierung der Nichtwähler auch hier dadurch verwirklichen, daß der Reichsregierung anheimgegeben wird, im Einvernehmen mit gewissen Organisationen eine möglichst dem Parteigetriebe entrückte Liste von führenden Männern, etwa der Wissenschaft, der Kunst, des Beamtentums und der Wirtschaft aufzustellen, auf die die Stimmen aller derer fallen, die von der Wahl fernbleiben. Die dauernde enge Verbindung Preußens mit dem Reich schreit zwar nach einem verfassungsändernden Gesetz, doch läßt sich auch manches im Rahmen der Reichsverfassung gestalten. Man ändere, sei es unter dem Druck des Reiches auf landesgesetzlichem Wege, sei es auf dem Wege über Reichsverfassungsartikel 48, die preußische Verfassung dahin, daß Preußen einen über dem Staatsministerium stehenden Landespräsidenten erhält und daß der Reichspräsident immer zugleich preußischer Landespräsident sein muß. Einen solchen vom Vertrauen des Landtages unabhängigen Landespräsidenten verbietet Reichsverfassungsartikel 17 nicht. Da die Landtagsauflösung zu den Befugnissen des neugeschaffenen Landespräsidenten gehören müßte, würde ein Sturz der preußischen Regierung nicht so leicht sein.

Das deutsch-franz. Wirtschaftskomitee in Berlin

Berlin, 10. Nov. Unter dem Vorsitz des Reichsministers i. D. Dr. Hermes und des Unterstaatssekretärs im französischen Ministerratspräsidium für Volkswirtschaft, Raymond Patenotre, werden am Freitag in Berlin die Beratungen der vierten Unterkommission des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees nach einer Pause von mehreren Monaten wieder aufgenommen werden. Sie sollen zwei bis drei Tage dauern. Während der Verhandlungspause waren die deutschen und französischen Mitglieder der Untersuchungskommission damit beschäftigt, ein Programm auszuarbeiten, das die gemeinsame Errichtung von öffentlichen Nutzbauten durch deutsche und französische Firmen außerhalb Frankreichs und Deutschlands vorsieht. Die Mitwirkung maßgebender deutscher und französischer Firmen ist gesichert. Die in den letzten Monaten ausgearbeiteten Pläne sollen bei den Berliner Beratungen miteinander in Einklang gebracht werden.

Der Preußenkonflikt im Reichsrat

Berlin, 10. Nov. Nach mehrmonatiger Pause trat am Donnerstag abend der Reichsrat wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Der Andrang der Oeffentlichkeit war ungewöhnlich stark, da man eine Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Preußen erwartete. Für die Reichsregierung war Reichsinnenminister Freiherr von Gayl in Begleitung seines Staatssekretärs Dr. Zweigert und des Ministerialdirektor Gottheiner erschienen, für Preußen die Ministerialdirektoren Brecht, Badt und Cosmann.

Nachdem Freiherr von Gayl die Sitzung eröffnet hatte, nahm sofort Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort, um für die preußische Staatsregierung eine Erklärung abzugeben. Seit mehr als drei Monaten hat der Reichsrat, so führte er eingehend aus, nicht tagen können, weil die Reichsregierung durch ein, wie nunmehr feststeht, mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehendes Vorgehen die preußische Staatsregierung an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten im Reichsrat verhindert hat. Es war der Wunsch der preußischen Staatsregierung, das Vergangene im Reichsrat still zu übergehen. Sie hat daher in eine Aufschiebung der ersten Vollsitzung des Reichsrats auf mehr als zwei Wochen nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes gewilligt. Leider ist in diesem langen Zeitraume trotz des größten Entgegenkommens der preußischen Staatsregierung bis heute nicht gelungen, eine befriedigende Regelung herbeizuführen. Auf Wunsch von Persönlichkeiten aus der Mitte des Reichsrats, die sich um eine solche Regelung bemühen und die Hoffnung haben, daß sie bis Samstag zustande kommt, und im Interesse anderer letzter Versuche um eine Verständigung sieht die preußische Staatsregierung davon ab, die Sachlage heute genauer darzustellen. Sie begnügt sich mit folgenden Feststellungen:

Der Staatsgerichtshof hat den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Land Preußen in vollem Umfange für unbegründet erklärt. Es gibt also keine Reichsexekution gegen Preußen. Der Staatsgerichtshof hat ferner festgestellt, daß die auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 bestellten Reichskommissare niemals Landesregierung werden und auch niemals an die Stelle der Landesregierung treten können. Wenn Reichskommissare Zuständigkeiten übernehmen, so können sie dies nur in der Weise tun, daß sie der Landesregierung vorübergehend Zuständigkeiten entziehen und sie vorübergehend auf das Reich übertragen.

Diese Lage berührt in einem solchen Maße die Grundlagen der geltenden Reichsverfassung, insbesondere der Rechtsstellung der Länder, daß sich die preußische Staatsregierung für verpflichtet hält, dem Reichsrat hiervon Kenntnis zu geben.

Die Reichsregierung hat ihre Maßnahmen auch als Vorgriff auf die Reichsreform zu rechtfertigen versucht. Die Behandlung, die zur Zeit der preußischen Landesregierung zuteil wird, ist eine schlechte Vorbereitung auf eine autoritäre Reichsreform. **Auch ist Artikel 48 Abs. 2 nicht dazu da, die Reichsreform durchzuführen.** Zum mindesten hätte also die Reichsregierung gleichzeitig den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform dem Reichsrat auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege zur ordnungsmäßigen Beschlußfassung vorlegen müssen. Die Reichsregierung hat aber mehr als drei Monate verstreichen lassen, ohne dies zu tun. Auf diese Weise wird eine günstige Erledigung des großen Werkes nicht gefördert, sondern im Gegenteil schwer gefährdet.

Die preußische Staatsregierung hat nicht nur die Rechte der gegenwärtigen, sondern auch künftiger preußischer Staatsregierungen zu wahren. Sie richtet als Mitglied des Reichsrats von dieser Stelle aus **nochmals an die Reichsregierung die dringende Forderung, die unberechtigten Sondermaßnahmen in Preußen aufzuheben,** mindestens aber die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in loyaler Weise durchzuführen und die Staatsautorität, die nicht nur in der Reichsregierung, sondern auch in den Landesregierungen verkörpert ist, selbst vorbildlich zu achten.

Darauf erwiderte Reichsinnenminister von Gayl: Die ganze Angelegenheit gehört nicht vor das Forum des Reichsrats, sondern bleibt, wie bereits das Urteil des Staatsgerichtshofes festgestellt hat, Sache der Vereinbarung zwischen den Beteiligten, das sind das preußische Staatsministerium und der Reichskommissar. Der Reichskanzler hatte in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen in Gegenwart des Reichspräsidenten bereits Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. Braun und hat die loyale Durchführung des Urteils des Staatsgerichthofes fest zugesagt. Die Verhandlungen über die Einzelheiten, die bereits seit längerer Zeit gepflogen worden sind, werden demnächst in einer neuerlichen Verhandlung, die der Reichskommissar inzwischen angeregt hat, einen hoffentlich befriedigenden Abschluß finden.

Die bayerische Staatsregierung steht, wie der Gesandte von Preger mitteilte, auf dem Standpunkt, daß die Urteile des Staatsgerichtshofes in der Weise vollzogen werden müssen, in dem sie erlassen worden seien. Zu dem zweiten Teil der preußischen Erklärung werde Bayern in der Ausschußsitzung am 12. November ausführlich Stellung nehmen.

Der württembergische Gesandte Bosler stimmte dieser Erklärung zu und bemerkte, der Reichskanzler habe ihm in einer persönlichen Unterredung nach Erlaß des Leipziger Urteils erklärt, daß er entschlossen sei, das Urteil anzuerkennen und in seinen Konsequenzen zu erfüllen, insbesondere auch im Verhältnis der alten preußischen Regierung zum Reichsrat. Da er nicht in der Lage gewesen sei, nach der preußischen Erklärung mit seiner Regierung in Verbindung zu treten, könne er über die Modalitäten weitere Ausführungen nicht machen.

Die Vertreter Sachsens, Hessens, Hamburgs und der Rheinprovinz gaben ebenfalls kurze Erklärungen ab, in denen dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes von allen Beteiligten loyal ausgeführt werde, und daß es insbesondere in der für Samstag anberaumten Ausschußsitzung möglich sein werde, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Das Schreiben des Reichskanzlers über die Ernennung von Dr. Bracht und Dr. Popitz zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich wurde auf Antrag Preußens dem Haushaltsausschuß überwiesen, um diese Frage nach der etatrechtlichen Seite zu behandeln. Der Reichsrat erledigte dann eine Anzahl kleiner Vorlagen und Eingaben.

Gronaus Empfang in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 10. Nov. Nach glücklich beendetem Weltfluge ist am Donnerstag mittag 2.40 Uhr der deutsche Flieger Wolfgang von Gronau, von der Flugwerft Altenrhein kommend, in Manzell gelandet. Sirenengeheul, Böllerschüsse und der Jubel einer überaus großen Menschenmenge, die vor und in der Werthalle Aufstellung genommen hatte, begrüßte Führer und Besatzung des so erfolgreichen Flugschiffes. Ein Motorboot der Werft holte den Dornierwal, der etwa 300 Meter vor der Seehalle auf dem Wasser lag, ein. Vor den Fliegern waren zahlreiche Blumengebinde, u. a. auch ein Lorbeerkranz der Stadt Friedrichshafen, niedergelegt.

Als erster hieß der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Maier die glücklich heimgekehrten deutschen Weltflieger, insbesondere ihren Führer von Gronau, herzlich willkommen. Der Minister führte u. a. aus: Im Augenblick, in dem Sie nach ungezählten Flugkilometern durch die Welt und um die Welt Ihren Fuß wieder auf württembergischen Heimatboden setzen, begrüßt Sie in Bewunderung und freudigster Anerkennung das ganze Deutschland, wirklich das ganze Deutschland von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Es ist für mich eine persönliche Ehre, der erste Dolmetsch der herzlichen Gefühle zu sein, von denen sich kein Deutscher ausschließt. Ich freue mich, hier stehen zu dürfen, um Ihnen den Dank des Vaterlandes, namens des Deutschen Reiches und der deutschen Reichsregierung ein herzliches Willkommen in der Heimat zuzurufen und gleichzeitig namens der Regierung des Landes Württemberg ein herzliches Grüß Gott am schwäbischen Meer und in Württemberg zu sagen. Der Flug Gronaus sei eine meisterliche Empfehlung Deutschlands in der Welt, auch für den Erfindergeist Dr. Dorniers, das technische Können seiner Ingenieure und für die fleißigen und geschickten Hände der Arbeiter. Der Minister brachte schließlich ein Hoch auf Wolfgang von Gronau und die Besatzung seines Flugschiffes aus.

Als nächster Redner führte der Bürgermeister von Friedrichshafen, Schnitzler, aus, warum gerade in Schwaben den Weltfliegern Hochachtung gezollt werde. Er überreichte den Fliegern einen Lorbeerkranz der Stadt. Ebenso herzlich galt sein Glückwunsch den Dornierwetallbauten und ihrem Leiter Dr. Dornier. Er überreichte auch an Dr. Dornier einen Lorbeerkranz.

Dr. Claude Dornier hieß dann als Leiter der Dornierwerke die Flieger seinerseits willkommen und sprach Führer und Mannschaft seine höchste Anerkennung für ihre unter den schwierigsten Verhältnissen zur Durchführung gebrachte fliegerische Glanzleistung aus.

In kurzen, von dem Ton herzlichster Freude getragenen Worten dankte von Gronau für sich und seine Begleiter für den eindrucksvollen Empfang auf heimatlichem Boden. Seine Ausführungen spiegelten die Freude über den gelungenen Flug wider, den ein deutsches Flugboot mit deutscher Mannschaft durch alle Teile der Welt geführt hätte. Eindrucksvoll seien die Empfänge und waren die Begrüßungen gewesen, die ihm und seinen Begleitern überall in der Welt zuteil geworden seien. Aber ihre Herzen hätten am freudigsten geschlagen, als sie sich am Ende ihres Fluges wieder der deutschen Heimat genähert hätten. Er sei glücklich, den Flug durchgeführt zu haben, dessen Ergebnisse ihn vollauf befriedigt haben.

Gronau und seine Begleiter fuhren dann mit dem Kraftwagen in das Kurgartenhotel nach Friedrichshafen, wo abends ein offizieller Empfang durch die Dornierwerke stattfand.

Das Festbankett zu Ehren Gronaus.

T.U. **Friedrichshafen,** 10. Nov. Zu Ehren des Weltfliegers von Gronau und seiner Besatzung veranstalteten die Dornier-Werke am Donnerstag abend im Kurgartenhotel in Friedrichshafen einen Empfangsabend, an dem eine große Anzahl prominenter Gäste aus dem ganzen Reiche teilnahm. Von Gronau wurde in einer Reihe von Begrüßungsansprachen gefeiert und durfte die mannigfaltigsten Ehrungen entgegennehmen. Im Mittelpunkt des Abends stand die kurze Dankesansprache Gronaus, in der er seine Erlebnisse auf der Weltfahrt schilderte und allen denen dankte, die dazu geholfen haben, den Flug durchzuführen. Besonders in Japan habe er eine Aufnahme gefunden, wie sie beispiellos gewesen sei. Mit besonderer Wärme gedachte er der Auslandsdeutschen. Es gelte, darauf hinzuarbeiten, daß das Deutschtum im Auslande die Unterstützung erhalte, die es brauche.

Die deutsche Gleichberechtigungsforderung im engl. Unterhaus

London, 10. Nov. Im Unterhaus fand die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte statt. Major Attle brachte einen Antrag der Arbeiteroppposition ein. In der Begründung führte er u. a. aus, daß die Abrüstungskonferenz keine Fortschritte mache. **So habe sich des ganzen Landes eine tiefe Enttäuschung bemächtigt.** Die englische Regierung müßte der Konferenz eine entschiedene Führung geben. Zu der Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung sagte der Redner, **die Antwort des Staatssekretärs des Aeußeren auf die deutsche Forderung sei als höchst unglücklich zu bezeichnen;** denn es treffe nicht zu, daß die Forderung in einem ungeeigneten Augenblick vorgebracht worden sei. Jedermann erkenne seiner Meinung nach an, daß England grundsätzlich Deutschland die Gleichberechtigung nicht verweigern könne.

Der Staatssekretär des Aeußeren, Sir John Simon, erklärte zur Abrüstungsfrage, zur Regelung der Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung ergäben, rege die britische Regierung an, daß Hand in Hand mit einem fairen Entgegenkommen zu Deutschlands Anspruch auf den Grundsatz der Gleichberechtigung **die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zusicherung vereinen sollten,** unter keinen Umständen zu versuchen, irgend welche gegenwärtigen oder zukünftigen Schwierigkeiten unter sich mit Gewalt zu lösen. Gleichberechtigung, wie sie die gegenwärtige deutsche Regierung verstehe und auslege, bedeute die Frage der erlaubten Waffen und die Reorganisation der deutschen Streitkräfte. Eine Zusammenkunft von Angesicht zu Angesicht sei nach wie vor nötig, um eine Grundlage zu finden, auf der Deutschland zur Konferenz in Ehren zurückkehren könne. Simon nahm dann Bezug auf den französischen Plan und die kürzlichen Reden Herriots und Paul Boncours. Der Plan stelle eine entschiedene Bemühung dar, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung zu entsprechen. Der Vorschlag der Nichtangriffspakte europäischer Nationen, die wegen ihrer nächsten Nachbarschaft miteinander in starkem Maße gewissen gemeinsamen Risiken ausgesetzt seien, erscheine ihm der Zustimmung Englands würdig. Die Bezugnahme auf den Plan des Briand-Kellogg-Paktes müsse in Erwägung gezogen werden.

Die Abrüstungspolitik der englischen Regierung gebilligt.

T.U. **London,** 10. Nov. Das Unterhaus nahm nach Abschluß der Aussprache über die Abrüstung mit 402 gegen 44 Stimmen eine Entschließung an, in der die Abrüstungspolitik der Regierung gebilligt wird.

*

Botschafter von Hoesch am Freitag bei Sir John Simon.

T.U. **London,** 10. Nov. Außenminister Sir John Simon wird am Freitag den deutschen Botschafter in London, Herrn von Hoesch, empfangen. Hierbei wird ein eingehender Meinungsaustausch über die Aussichten für die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz stattfinden. In Genf wird, so verlautet halbamtlich, der Vorschlag gemacht werden, daß die abzuschließenden Abrüstungsvereinbarungen eine Laufzeit von fünf, sieben oder zehn Jahren haben sollen. Die englische Regierung habe die enge Verbindung mit dem amerikanischen Vertreter in Genf dauernd aufrecht erhalten. Man hoffe, daß der Meinungsaustausch mit der italienischen und französischen Regierung eine Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz bringen werde. Der englische Außenminister wird bei günstiger Wetterlage am Sonntag früh von London abfliegen, um sich nach Genf zu begeben.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 11. November.

Bad. Landestheater: „Die Regimentstocher", 20—22 Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Ein toller Einfall", 7 und 9 Uhr.
Union-Theater: „Eine Nacht ohne Pause", 7 und 9 Uhr.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[13

Von morgen ab würde sie also in seinem Büro arbeiten — er schloß die Augen. Vor seinem Geiste erstand ein Bild: Ein zartes, aufmerksames Frauengesicht mit großen, mädchenhaften Augen, über eine Arbeit gebeugt. Der Schein einer grünen Lampe, das leichte Rascheln von Papier und der Frieden der Arbeit.

Es war ein Bild, das ihm die Seele licht und warm machte. Er mußte plötzlich denken, wie kalt und karg sein Leben hinging, seit seine geliebte Maria ihm durch ein grausames Schicksal entrissen worden war.

Ina — gewiß, sie stand seinem Hause vorbildlich vor; er mußte ihr dankbar sein, überhaupt, seitdem sie ganz gegen ihre Gewohnheit weich und einsichtig über sein Kind mit ihm gesprochen. Aber es ging doch von ihr nicht jene zarte, frauliche Wärme aus, die er an seiner Maria geliebt und die für ihn der Inbegriff alles wirklichen Frauentums war. Diese tapfere Frau Edith hatte jenes Weiche, Weibliche, das auch in der gemeinsamen Arbeit beruhigend und sympathisch sein mußte.

Es war ihm so behaglich zumute, wie schon lange nicht. Er hatte plötzlich den Wunsch, irgendeinem Menschen eine Freude zu machen. Als er in dem Blumengeschäft kurz vor seinem Hause noch Licht sah, ließ er den Chauffeur halten. Er wollte Ina ein paar schöne Blumen mitbringen. Wirklich, er hatte sich bisher wenig ritterlich gegen sie gezeigt. Und jede Frau, auch eine, der man nur verwandtschaftlich gegenüberstand, schätzte kleine, ritterliche Aufmerksamkeiten.

Sorgsam wählte er unter den duftenden Blumen aus und kehrte endlich mit einem Strauß zartroter Treibhausnelken in der Hand zurück.

* * *

Als er heim kam und nach Ina fragte, hörte er, daß sie ausgegangen wäre und erst später nach Hause kommen würde.

Er fühlte ein leises Bedauern. Gerade heute hätte er Lust gehabt, noch einen Augenblick zu plaudern, ehe er sich an seinen Schreibtisch setzte. Nun, vielleicht kam Ina wieder, bis er fertig war.

„Stellen Sie diese Nelken hier der gnädigen Frau ins Zimmer", befahl er dem Stubenmädchen und übergab ihr den in Seidenpapier eingeschlagenen duftenden Strauß. „Wo ist denn Ralph?"

„Die gnädige Frau hat Ralph schon zu Bett gebracht, ehe sie fortging", berichtete das Mädchen, „weil sie den Herrn Rechtsanwalt nicht so früh zurückerwartete."

„Es ist gut. Lassen Sie das Essen schon immer hereinbringen. Ich bin hungrig."

Weltner ging in sein Ankleidezimmer, um sich zu waschen und den Straßenanzug mit einer behaglichen Hausjoppe zu vertauschen. Alles war still im Hause, nur von der Straße tönte ab und zu die gedämpfte Hupe eines Wagens.

Als er fertig war, ging Weltner durch den Korridor hinüber und öffnete leise die Tür zu dem Zimmer seines kleinen Sohnes. Das Zimmer lag im Dunkeln; das Licht vom Korridor warf einen schwachen Schein gerade auf das Bett.

Auf Zehenspitzen ging Weltner bis zum Bett. Er hoffte im geheimen, daß Ralph noch nicht schlafen möchte, denn er hatte plötzlich eine tiefe Sehnsucht nach ein wenig Zärtlichkeit, nach einem liebevollen Blick aus den Kinderaugen, nach den warmen Armen, die sich früher so vertrauensvoll um seinen Hals geschlungen, früher, als Maria noch lebte, und alles noch gut und glücklich im Hause war, damals, als er sein Kind noch ganz besaß.

Als er sich vorsichtig über die schlafende Kindergestalt beugte, sah er, daß die langen dunklen Wimpern fest über den Augen geschlossen waren und der ganze kleine Körper wie in der Entspannung des Schlafes zu ruhen schien. Der rote Mund in dem blühenden Gesicht hatte einen trotzigen und für ein Kind eigentümlich harten Zug, und um die Brauen zuckte es mitunter wie in Schmerz.

Lange stand Weltner da und betrachtete das Kind. Es schien ihm jetzt in dem tiefen Schlaf noch weiter entrückt. Mit Kummer dachte er, wie leicht einem eine Kinderseele entgleiten konnte, wenn man nicht viel Zeit und Liebe aufbringen konnte, um sie immer und immer wieder zu sich heranzuziehen. Nun, vielleicht gelang nun Ina endlich, was ihm im Drange der Arbeit nicht möglich war, dem kleinen Ralph einen Ersatz zu geben für das, was er mit der leidenschaftlich geliebten Mutter verloren.

Leise ging er aus dem Zimmer. Aber sowie er die Tür hinter sich geschlossen, richtete sich der kleine Ralph im Bettchen auf, streckte mit einem verzweifelten Gesicht die Hände nach dem entschwindenden Vater aus, um dann mit einem Schluchzen und dem leise geflüsterten, wehen Wort: „Mutti!" in die Kissen zu sinken.

Neuntes Kapitel.

Ina Hartwig saß inzwischen in dem eleganten Salon ihrer Tante. Auf den ersten Blick hätte auch ein Fremder die Blutsverwandtschaft zwischen den beiden Damen erkannt.

Ina sah ihrer Tante sehr ähnlich, denn auch die alte Dame hatte die gleichen, immer noch regelmäßigen Züge, die von ehemaliger Schönheit sprachen. Aber ihr Gesicht hatte eine Schärfe und Härte, die Linien um ihren welken Mund sprachen von so viel Kälte und Herrschsucht, daß der aufmerksame Beobachter auch für Inas schönes Gesicht fürchten mußte, wenn erst das Alter seine unbarmherzigen Linien hineingegraben haben würde.

Die blauen Augen der alten Dame hatten einen Ausdruck von Härte und Berechnung, und besonders jetzt zeigten sie Zorn und Heftigkeit. Zorn und Heftigkeit strahlten auch in Inas Blick, ihre Wangen schienen gerötet.

Es mußte eine unerquickliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Damen stattgefunden haben.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg